



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

OD/X/2 - 18. 2. 1955

O S T - D I E N S T

Hinweise auf den Inhalt

Schwierigkeiten bei BGL-Wahlen	Seite
"Souveränität" und die verschleppten Kunstschatze	Seite
Friede Hockauf auf Abwegen	Seite

BGL-Wahlen im Zeichen des Widerstandes

Belegschaften boykottieren FDGB-Versammlungen

H.St. - Im Januar begannen in den Betrieben der Sowjetzone die Wahlen zu den neuen Betriebsgewerkschaftsleitungen. Bereits in den vergangenen Jahren hatte das ZK der SED den Vorstand des sogen. "Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes" immer wieder heftig kritisiert, weil es ihm nicht gelang, die Betriebsgewerkschaftsgruppenleitungen zu absolut willfährigen Werkzeugen der SED-Wirtschaftspolitik zu machen.

Das soll jetzt anders werden. ULBRICHS Kritik vor dem 21. Plenum des ZK der SED im vergangenen November an dem Versagen der Kader gegenüber den wirtschaftlichen Forderungen war der Auftakt zu den geplanten Maßnahmen, mit denen die nach dem 17. Juni zunächst einmal zurückgestellten Ziele jetzt wieder in An-

18.2.1955

- 2 -

griff genommen werden sollen. Der Bundesvorstand des FDGB gab die Parole aus, daß nach den jetzigen BGL-Wahlen das Jahr 1955 zum "erfolgreichsten Jahr des Fünf-Jahrplanes" werden müßte.

ULBRICHT hatte zum Jahreswechsel unmißverständlich erklärt, was unter seiner Forderung zu verstehen sei, daß man "nur dann besser leben könne, wenn man bereit sei, mehr zu arbeiten". Die Arbeiter kennen diese These, die halb Versprechen und halb Drohung ist, und die durch den berüchtigten Vorwurf der "Normenschaukelei" unterstützt wird. Niemand in der Sowjetzone kennt den von ULBRICHT kritisierten Betrieb, in dem die Normen so niedrig liegen, daß das Soll mit täglich 150 Prozent übererfüllt wird - es wäre zu schön um wahr zu sein. Auch mit den technischen Verbesserungen, mit denen jedesmal die neuen Normenforderungen und die gleichzeitigen Lohnsenkungen begründet werden, ist es nicht weit her.

Bis heute hat die SED bei den Wahlen kaum Erfolge gehabt. Teilweise ist es bis Mitte Februar noch nicht einmal gelungen, die Aufstellung von Kandidaten der SED-Betriebsgruppen durchzusetzen. Nicht nur parteilose Kandidaten, auch SED-Mitglieder lehnen es ab, ihren Namen für die von der SED proklamierten Ziele der Ausbeutung der Belegschaften herzugeben. Anderswo bleiben die Arbeiter den Wahlversammlungen fern oder wählen per Akklamation eigene Kandidaten. Die SED-Betriebsleitungen mußten immer wieder eingreifen, um Wähler, in denen die SED eine Schleppe erhielt, anzufechten und Neuwahlen anzuordnen.

Aber dieser offene Terror hat das Gegenteil einer Beruhigung in den Betrieben erreicht. Das Absinken der Arbeitsproduktivität ist ein echtes Problem geworden. Dieser Widerstand zwingt die SED, wieder alle Rücksichten fallen zu lassen und dort anzufangen, wo sie vor dem 17. Juni stand. Auf einer Delegiertenversammlung in Berlin hat man bereits im Januar die Kollektivverträge für die VEB beschließen lassen, ohne den Belegschaften die Möglichkeit auch nur zu einer Diskussion zu geben. Und das war nur ein Anfang!

18. 2. 1955

- 3 -

12 : 2

od. Ludwigsfelde

Bei den Wahlen für die neuen Betriebsgewerkschaftsleitungen erlitt die SED in Halle 9 des Industriewerkes eine empfindliche Niederlage. Nachdem sich bereits bei zwölf Kandidaten, die dort zu wählen waren, nur vier SED-Leute als Bewerber aufstellen ließen, fielen auch noch zwei bei den Wahlen durch. Somit befinden sich in den neuen Leitungen dieser Halle nur noch zwei Kommunisten. Freilich ist mit der Ungültigkeitserklärung der Wahl zu rechnen, da der zur Überwachung entsandte SED-Funktionär FLÜGGE unmißverständlich erklärte, es würde so lange gewählt, bis "mindestens 51 % der Leitungsmitglieder Angehörige der SED" seien.

Kündigung stoppt Lohnsenkung

od. Teltow

In einem Großbetrieb des Kreises erzwangen Arbeiter die Rückgängigmachung einer Lohnsenkung. Bei Verkündung der Lohnsenkung reichten 180 Facharbeiter ihre Kündigung ein, was praktisch zur Lahnlegung der gesamten Produktion geführt hätte. Angesichts dieser Drohung entschloß sich die SED-Betriebsleitung, die Lohnkürzung rückgängig zu machen.

Neuer Angriff gegen letzte Großbauern

od. Grimma/Sa.

Der Rat des Kreises hat alle Bauern, die über 25 ha Boden bearbeiten, zur Einrichtung einer "landwirtschaftlichen Buchführung" gezwungen. Mit Hilfe dieser Buchführung soll der Anlaß zur verstärkten Fortführung der Großbauernenteignung geschaffen werden, da die meisten Bauern zur Deckung ihrer Steuer- und Ablieferungspflichten gezwungen sind, illegale Tauschgeschäfte durchzuführen. Da sowohl die Nichterfüllung der Ablieferungs- und Steuerpflichten als auch die Durchführung illegaler Tauschgeschäfte Enteignungsgründe sind, ist die Einführung der "landwirtschaftlichen Buchführung" der Anfang der restlosen Liquidierung des sogenannten "Großbauerntums", zumal auch in anderen Kreisen ähnliche Maßnahmen eingeleitet werden.

Gibt die Sowjetunion geraubte Kunstschatze zurück?

R.M. - Die Sowjetunion hat, wie man weiß, am 25. Januar 1955 durch einen Erlass des Obersten Sowjets den Kriegszustand mit Deutschland als beendet erklärt. Wie die Erklärung besagt, soll besonders das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und der Sowjetzonenrepublik "auf der Anerkennung der Grundsätze der Souveränität und der Gleichberechtigung beruhen." Gewisse Kreise, besonders aus den Kunststätten der Zone, erhoffen sich nun etwas mehr Klarheit über den Verbleib und über die Zukunft der Kunstschatze, die im Laufe der Jahre von der Sowjetbesatzung geraubt und verschleppt worden sind.

Von 1945 bis 1948 haben die Sowjets in ihrer Besatzungszone alles, was nur irgendwelchen Wert hatte, als "Beute- und Reparationsgüter" abtransportiert. Besonders betroffen wurden die Kunstschatze Dresdens, die - meist durch Auslagerung - die Bombennächte überlebten. 70 % der älteren Skulpturen, 500 moderne Werke sowie die gesamten Kleinplastiken wurden allein aus der weltberühmten Dresdener Skulpturensammlung nach Moskau und Leningrad gebracht; von den 2 855 Gemälden der Gemäldegalerie nahmen 1 700 den gleichen Weg. Darunter befanden sich unersetzliche Werke von Tizian, Jan v. Eyck, Manet, Renoir, Toulouse-Lautrec und Gauguin. Ähnlich wurde das Kupferstichkabinett, die Münzsammlung sowie das Historische Museum geplündert, wobei die Bestände des Historischen Museums restlos verschwanden.

Während diese Verluste Dresdens ebenso wie die Plünderung Potsdams weitgehend bekannt wurden, ist der Raub der Kunstschatze in der übrigen Zone weniger beachtet worden. Und dennoch sind diese Verluste nicht geringer, als die in Dresden oder Potsdam. So verlor Leipzig aus dem Grassi-Museum 150 berühmte Bildwerke, die halbe Bibliothek, sowie die gesamte Ornamentstichsammlung. Aus dem Besitz der Leipziger Universität wurden große Teile der Ägyptischen Sammlung sowie die gesamte Münzsammlung von den Sowjets fortgebracht.

Weitere Gemäldesammlungen verschleppten die Sowjets aus der Anhaltinischen Galerie in Dessau, aus dem "Gotischen Haus" in Wörlitz. In Halle eigneten sich die Sowjets die Bestände der Münz- und Medaillensammlung des Moritzburg-Museums an, während sie in Meissen das einmalige Porzellanmuseum mitgehen ließen.

Diese Aufzählungen umfassen nur einen Bruchteil all' dessen, was die sowjetische Besatzungsmacht an Kunstschätzen aus der Zone verschleppt hat.

Auch an der Haltung der Sowjets in der Frage der Rückgabe dieser Werke wird sich der praktische Wert ihrer Deklaration über die Normalisierung der Beziehungen zu den Deutschen ablesen lassen.

+ + +

FDJ entscheidet über Stipendien

od. Berlin

Eine Kürzung und teilweise Streichung der Stipendien für Studenten sowie Schüler der A- und B-Fakultäten (Arbeiter- und Bauernfakultäten, Vorbereitungslehrgänge zum eigentlichen Studium) verfügte die Sowjetzonenregierung.

Während beispielsweise für Studenten der Mindestsatz 100,- M betrug, dürfen künftig höchstens noch 100,- M gezahlt werden. Dieser neue Höchstsatz von M 100,- (früher M 200,-) darf aber auch nur in Ausnahmefällen und bei "besonderen Leistungen in der gesellschaftlichen Arbeit" ausgezahlt werden. Über seine Weiterzahlung entscheidet die FDJ-Hochschulgruppe von Monat zu Monat.

Viele Studenten befürchten, auf Grund dieser Neuregelung ihr Studium aufgeben zu müssen.

18. 2. 1955

- 6 -

Wieder private Sportvereine?

od. Berlin

Der Deutsche Sportausschuß (DS), der in der sowjetzonalen Sportbewegung laut ZK-Beschluß Einsparungen in die Wege leiten soll, erwägt die Auflösung der staatlich subventionierten "Betriebssportgemeinschaften". Der Vorschlag sieht vor an ihrer Stelle wieder private Sportvereine mit der Auflage zuzulassen, ohne staatliche Hilfe auszukommen. Lediglich die Spitzensportler und ein entsprechender Nachwuchs sollen weiterhin in staatlichen Organisationen verbleiben. Die SED-Führung hat über diesen Vorschlag noch nicht entschieden.

+ + +

Die Glosse:

Frieda Hockauf oder das Ende einer Aktivistenliebe

R.M. - Die sowjetzonale "Miß Webstuhl" heißt Frieda Hockauf. Mit der Parole: "Kolleginnen auf die Webstühle!" gab sie den Startschuß für die Hockaufbewegung. Die Weberinnen sollten sich verpflichten, monatlich 1 bis 100 m Stoff mehr als bisher zu weben. Für diese Hockaufbewegung bekamen die Arbeiterinnen ein höheres Soll, während die "Miß Webstuhl" neben Orden, Ehrenzeichen und Titeln auch noch eine Prämie von mehreren 10 000 M kassierte.

Die Hockauf springt auf den Webstuhl, bis der Faden reißt. Dem Zittauer Vopo-Chef FLECK jedenfalls fielen Flecken im Hockaufgewebe ins Auge des Gesetzes. Er entdeckte in der Hockauf-Weberei ein Riesenmanko. Und weiter fand er: Ihre Selbstverpflichtung lag eigenartigerweise genauso hoch wie der festgestellte Rückgang der "Schwundmengen". Also schloß er messerscharf: War das die "Produktionssteigerung" der hockaufbewegten Aktivisten?

"Mehr arbeiten - besser leben," lautet die SED-Parole für Damme. "Weniger unterackern und trotzdem besser leben", war die progressive Weiterentwicklung durch Frieda Hockauf. Ob die "Miß Webstuhl" nach der Fleck'schen Entdeckung weiter "Heldin der Arbeit" bleibt, oder ob sie nunmehr in die Kategorie der "schaffenden Intelligenz" überwiesen wird, ist noch nicht entschieden worden.